

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 58. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 02.09.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	JHA: Video-Konferenz; <a href="https://global.gotomeeting.com/join/193281949">https://global.gotomeeting.com/join/193281949</a>

---

#### Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Daniel Schwarz	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Andrea Lang	JHA BD	
Herr Johannes Lesse	SPD	Vertretung für: Frau Nathalie Wedlat
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin	
Frau Ramona Reiser	LINKE	
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Frau Alexandra Däxl	JHA beratendes Mitglied	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss	

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

- zu 1      Begrüßung und Genehmigung der TO**  
Die Tagesordnung wird vorliegend behandelt.

**zu 2            Genehmigung des Protokolls**

**zu 2.1        zur 54. Sitzung vom 04.03.2021**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**zu 2.2        zur Sondersitzung am 16.04.2021 gemeinsam mit dem Ausschuss SozGes  
(versandt am 23.08.2021)**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**zu 2.3        zur 55. Sitzung vom 29.04.2021**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**zu 2.4        zur 56. Sitzung am 06.05.2021**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**zu 2.5        zur 57. Sitzung am 03.06.2021**

Der TOP wird vertagt.

**zu 3            Mitteilungen**

**zu 3.1        des JHA-Vorsitzenden**

Der Vorsitzende schlägt vor, am 30.09.2021 eine hybride Sitzung durchzuführen. Es werde voraussichtlich die letzte Sitzung dieser Wahlperiode sein und er könne den Wunsch verstehen, sich noch einmal persönlich zu treffen. Die vor Ort Teilnehmenden sollten möglichst geimpft sein, auch wenn die Pflicht bestehe, eine Maske zu tragen.

**zu 3.2        des Bezirksamtes**

Die Mitteilungen sind vorab schriftlich übersandt worden.

Ergänzend dazu berichtet sie, dass die Gremien „Spielplatzkommission“ und „Verwaltungsrat Kindergärten City“ Ende August 2021 ebenfalls jeweils die letzte Sitzung in dieser Wahlperiode durchführten. Auch wenn diese Gremien eher im Hintergrund agierten, appelliert sie an die Fraktionen und die Mitglieder des JHA, sich in diesen weiterhin einzubringen und zu engagieren.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema sei die „Personalreserve Pandemieamt“, die aktuell im Bezirksamt debattiert werde. Konkret gehe es um die Frage, wie die Pandemiestructur im Bezirksamt personell unterstützt werden könne, nicht nur bezogen auf die Corona-Pandemie. In der vergangenen Woche sei eine Vorlage des Bezirksamtes eingebracht worden, die eine 5%-Quote je Amt vorsehe. In der ersten Fassung seien jedoch Schlüsselfunktionen nicht berücksichtigt worden, was den Jugendbereich empfindlich betroffen hätte. Die Vorlage sei im Bezirksamt nicht beschlossen worden. Welche wichtigen Aufgaben durch das Jugendamt umgesetzt werden, existenzieller Art, aber auch insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, werde in TOP 4 näher erläutert. Die Kräfte werden im Jugendamt dringend benötigt. Die Unterstützung der Pandemiestructur sei sehr wichtig, es sei jedoch sehr wichtig, bei der Aufstellung die Schlüsselbereiche zu berücksichtigen und nicht pauschal die Ämter zu verpflichten. Sollte die Debatte die BVV erreichen, bitte sie, die Argumente aufzunehmen.

**zu 4            Rund um Corona**

**zu 4.1        Stark Trotz Corona  
BE: Herr Thietz**

Herr Thietz (Leiter der Schulaufsicht) berichtet zu den drei Programmschwerpunkten in der Säule 1 und damit den Schulbereich betreffend:

- a) Abbau von Lernrückständen, d.h., hauptsächlich den mathematischen und sprachlichen Basiskompetenzen  
Abbau von Rückständen in überfachlichen Bereichen, z.B. im Bereich des Radfahrens, des Schwimmens, des Turnens u.a.
- b) Kompetenzen des psycho-sozialen Bereichs, so z.B. die Demokratieerziehung, Gewaltprävention u.ä.
- c) Schulen mit hoher Abbrechendenquote, d.h. Oberschulen, deren Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss abgehen, sowie Grundschulen, deren Schülerinnen und Schüler den Lehrerinnen- und Lehrerergebnissen unterdurchschnittlich abschneiden

Für die Maßnahmen der komplexen Themen stehen 44 Mio. € zur Verfügung, von denen 70% für den Schwerpunkt a) und 30% für beide Schwerpunkte b) und c) ausgegeben werden sollen. Insbesondere die Maßnahmen zum Schwerpunkt a) werden in den Schulen umgesetzt. Weitere Maßnahmen werden ausgeschrieben.

Die Schulen seien mit der Umsetzung aller drei Punkte vollkommen ausgelastet und kommen nahezu dem nach, was die BVV im Beschluss eingefordert habe.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden präzisiert Herr Thietz das für Maßnahmen zur Verfügung stehende Budget. Je Schülerin oder Schüler an öffentlichen Schulen werden 60,- € für den Projektzeitraum bis zum Ende des Jahres 2022 angesetzt. Das bedeutet, dass den Schulen zwischen 20.000,- € und 60.000,- € übertragen werden. Für Sondermaßnahmen kommen je Kopf 54,- € dazu.

Die Schulen seien aufgefordert, bis zum Herbst 2021 eine Lernstandserhebung vorzunehmen. Herr Thietz stellt die Messinstrumente vor, die online genutzt werden können.

In den Schulen, die sehr viele Schulabgänger ohne Schulabschluss haben, werden Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern geführt, mit dem Ziel, eine Lernvereinbarung zu schließen. Auf Nachfrage von Frau Schauer-Oldenburg (beratendes Mitglied) erläutert Herr Thietz, dass der Förderbedarf nicht nur an den Rückständen, sondern auch anhand der Kompetenzen des Kindes bewertet werde. Es gebe somit eine prognostische Aussage.

Die Schulen, die unter die Kategorie c) fallen werden zudem mit der Schulaufsicht Maßnahmen und Konzepte absprechen. Die Nachhaltung erfolgt im Laufe des Schuljahres.

Die Mittel werden u.a. für Schulangebote in den Ferien als auch an den Wochenenden eingesetzt.

Die Radfahrprüfungen werden zentral organisiert und finden ebenfalls in den Ferien oder an den Nachmittag im Laufe des Schuljahres statt.

Herr Thietz bittet darum, dass sich die Schulen und Träger der freien Jugendhilfe gegenseitig unterstützen. Die ergänzende Lernförderung habe in den Schulen bisher nur für Schülerinnen und Schüler mit einem Berlin-Pass angeboten werden können, nun sei eine Erweiterung auf aller Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten möglich.

Er stellt die Möglichkeiten der Unterstützung in allen drei Schwerpunkten als Maßnahmenkatalog vor.

Der heutige Bericht ist in der Handreichung 1 niedergeschrieben, der dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellt werde.

Der finanzielle Part (z.B. Abrechnungen etc.) werde in einer Handreichung 2 festgehalten.

## zu 4.2 **Corona-Strategie Jugendarbeit, Frühe Hilfen, Sprachkitas...**

Frau BzStRätin Reiser überträgt Frau Samuray das Wort.

Frau Samuray berichtet mithilfe einer Präsentation (siehe Anlage). Einige der Folien seien von der Senatsverwaltung übernommen worden und sollen einen Überblick zum aktuellen Sachstand geben.

Die Angaben zu den Fördersäulen außerhalb des Schulbereichs, somit der Förderung der frühkindlichen Bildung, der Stärkung der Jugendarbeit und der Unterstützung durch Sozialarbeit in Schulen und dem Alltag, bilden den Sachstand vom 04.08.2021 ab.

Informationen zum Aufholprogramm sind mit folgendem Link abrufbar:  
<https://www.berlin.de/sen/bjf/stark-trotz-corona/>

Frau Bierwirth (Bürgerdeputierte) bedankt sich für den wertvollen und informativen Beitrag, bittet jedoch eine Korrektur zum Thema Sprachkita vorzunehmen. Die Anträge bzw. Interessenbekundungen werden nicht bei der Senatsverwaltung eingereicht, sondern bei der Förderstelle des Bundesministeriums, die dann der Senatsverwaltung die Liste der Anträge übergibt. Aus dieser wählt die Senatsverwaltung diejenigen Kitas aus, die eine Förderung erhalten sollen. Für die Berliner Kitas bestehe die Auflage, dass sie seit mindestens März 2020 bestehen müssen. Eine Kita aus einem sozialen Brennpunkt mit 80% Kindern nichtdeutscher Herkunft habe diese Auflage nicht erfüllt, der Antrag sei somit abgelehnt worden. Sie finde das sehr bedauerlich.

Frau Bierwirth weist auf eine weitere Fördermöglichkeit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung hin, die für Berliner Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und der Jugendförderung sehr interessant sein könnte. Sie finanzieren unbürokratisch Projekte, wie z.B. Reisen und anderes. Sie stellt den Link zur Verfügung und bittet, diese Möglichkeit bei den Trägern und den Netzwerken der am JHA Teilnehmenden bekannt zu machen.  
<https://www.dkjs.de/aktuell/meldung/news/dkjs-foerderprogramm-unter-dem-aktionsprogramm-aufholen-nach-corona/>

Frau Schauer-Oldenburg erkundigt sich, wie der Erfolg des Mitteleinsatzes bewertet werde, somit die Evaluation erfolge. Frau Samuray erläutert, dass anlehnend an die Anträge von den Geförderten Berichte zum Mitteleinsatz erwartet werde. Ob es eine berlinweite Evaluation geben werde, können sie aktuell nicht beantworten.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) begrüßt die vorgestellten Maßnahmen und damit den Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel, die jedoch bis zum Ende des Jahres 2022 befristet seien. Sie erkundigt sich, mit welchen Mitteln diese neu eingerichteten Strukturen über das Jahr 2022 hinaus fortgeführt werden können.

Frau Samuray präzisiert, dass das Jugendamt anstrebe, gute vorhandene Strukturen zu stärken, sodass keine neuen geschaffen werden müssen. Da es sich um ein Sofortprogramm handle, sei ein Ende der Förderung vorgesehen. Die Frage stelle sich jedoch berlinweit für alle Jugendämter.

Herr Thietz ergänzt, dass mithilfe dieses Sofortprogramms Innovationsschübe gelingen, die anschließend ohne zusätzliche Kosten fortgeführt werden können, so z.B. die Lernstandserhebung. Bezüglich der Lernförderung, die nun unabhängig vom Berlin-Pass auf alle Schülerinnen und Schüler ausgeweitet werde, spreche er sich für eine Fortführung der Förderung aus.

Frau Goral bestätigt, dass in keiner Sitzung die Verstetigung der Maßnahmen in Aussicht gestellt werde, sodass das Ende mitgedacht werden müsse. Deutlich sei im Regionalausschuss geworden, dass aufsuchende Arbeit sehr wichtig sei. Dass die Kontakte der Jugendberufsagentur in Präsenz stattfinden, sei begrüßt und die aufsuchende Arbeit als sehr wichtig bewertet worden. Das lasse auf die Arbeit des Jugendamts schließen. Es sei wichtig, die Pandemiestructuren zu unterstützen und die Unterstützung auch fortzuführen.

Der Vorsitzende regt an, die für die LAF-Einrichtungen vorgesehenen mobilen integrativen Jugend- und Lernhilfen auch auf die ASOG-Einrichtungen auszuweiten und eine entsprechende Bitte an die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu richten. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

Der zu formulierende Antrag soll an den Antrag 3214/V anknüpfen und wird wie folgt formuliert:

*Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Klebba,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*der Jugendhilfeausschuss (JHA) des Bezirkes Mitte hat in seiner Sitzung vom 02.09.2021 über die Corona-Hilfen u.a. für geflüchtete Kinder und Jugendliche beraten. Dabei wurde uns berichtet, dass das Programm „Mobile Integrative Jugend-Lern-Hilfe. Jetzt“ voraus-*

sichtlich nur Kindern und Jugendlichen in LAF-Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Wir haben uns dieses Jahr ausführlich mit den Bedarfen geflüchteter Kindern und Jugendlicher in Einrichtungen nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (sog. ASOG-Einrichtungen) umfassend beschäftigt und dabei auch großen pandemiebedingten Unterstützungs- und Förderbedarf gesehen.

Wir bitten Sie daher eindringlich, diese Hilfen auch Kinder und Jugendlichen in sog. ASOG-Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Wir verweisen insofern auf die Drucksache 3214/V (Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in ASOG-Unterkünften dringend verbessern), die am 17.06.2021 auf Antrag des JHA und des Ausschusses für Gesundheit und Soziales von der BVV Mitte beschlossen wurde, der als Anlage diesem Schreiben beigelegt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Siewer  
JHA-Vorsitzender

Dem Formulierungsvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Sollten noch Änderungswünsche bestehen, bittet der Vorsitzende diese bis morgen 12 Uhr einzureichen. Andernfalls werde das Schreiben in dieser Form an SenBJF übersandt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden informiert Frau Goral, dass es zur Impfung des Personals, auch in den Einrichtungen, keine Erhebungen gebe, da es nicht legitimiert sei. Es gebe die Möglichkeit, sich über den Bezirk impfen zu lassen, was viele angenommen haben.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Träger bestätigen, dass eine hohe Impfbereitschaft vorhanden sei.

Frau Depil (Bürgerdeputierte) und Herr Thietz (Schulaufsicht) präferieren die Strategie, impfwillige Jugendliche mit Erlaubnis der Eltern mit Impfbussen an Jugendclubs, in Schulen und anderen Orten aufzusuchen. An den Schulen finde bereits eine entsprechende Abfrage statt.

Der Vorsitzende bittet, das Thema „Impfen von Kindern und Jugendlichen“ auf die Tagesordnung der Sitzung am 30.09.2021 zu setzen.

## **zu 5      Beschluss Jugendförderplan und Sichtweise junger Menschen**

Die Unterlagen zur Beschlussvorlage sind vorab übersandt worden, anknüpfend an den Bericht in der Sitzung des JHA am 03.06.2021. Um die Frist zur Abgabe an die Senatsverwaltung halten zu können, sei es erforderlich, den Beschluss in der heutigen Sitzung zu fassen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt über die Vorlage ab.

Mit 11 Ja-Stimmen wird die Vorlage einstimmig, ohne Enthaltungen, beschlossen.

Das Jugendamt leitet den Beschluss an die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie weiter.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) bittet das Feedback der Senatsverwaltung dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis vorzulegen.

## **zu 6      Beschluss zum IBV Seydlitzstr.**

Die Beschlussvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Ausschussmitglieder, bei denen ein Befangenheitstatbestand vorliegen könnte, an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen können. Zu seiner eigenen Person habe er mit Kenntnisnahme von Frau BzStRätin Reiser um eine rechtliche Bewertung gebeten, da er Mitglied des Verwaltungsrats der Eigenbetriebe sei. Das Rechtsamt sehe keine Befangenheit oder gar die Sorge zur Befangenheit, die in einem entgeltlichen Verhältnis stehen könne.

Frau Lang meldet sich als Befangene, da ihr Träger an dem IBV als Bewerber teilnahm. Sie nimmt somit an der Beratung nicht teil.

Herr Lehmann (BA Mitte, Jugendamt) führt aus, dass das Interessenbekundungsverfahren nach dem vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Verfahren durchgeführt worden sei. Von den fünf Bewerbenden seien drei zum Auswahlverfahren eingeladen worden, genannt in der Beschlussvorlage. Die Bewertung sei im Anschluss an die Auswahlgespräche erfolgt.

Frau Koch (BA Mitte, Jug FD 2) erläutert den Auswahlprozess sowie die Bewertung der eingereichten Konzepte.

Die Abstimmung erfolgt in schriftlicher Form. In der Sitzung wird das Meinungsbild abgefragt. Mit einer Enthaltung einer Bürgerdeputierten stimmen die Ausschussmitglieder mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Nachfolgend zum Meinungsbild zum „Interessenbekundungsverfahren Kita Seydlitzstr. 11“ wird die Beschlussvorlage mit einer Abstimmungsliste übersandt. Diese ist auszu drucken, anzukreuzen, zu unterzeichnen und anschließend eingescannt an das Büro der BVV zu senden, entweder als E-Mail oder per Post. Der Einsendeschluss ist Donnerstag, der 09.09.2021, 0:00 Uhr.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bei Übersendung per Post die Postlaufzeit zu beachten ist und somit der Brief am 06.09.2021 eingeworfen werden sollte.

## **zu 7**

### **Kitaentwicklungsplan**

Frau BzStRätin Reiser informiert, dass das Thema „Kitaentwicklungsplanung“ auch auf Landesebene aktuell ein wichtiges Thema sei. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie habe den Bezirkstadträt\*innen dazu einen neuen Sachstand übersandt. Die Prognosezahlen zum Aufwuchs der Bevölkerung seien dem Ist-Stand gegenübergestellt worden, mit interessanten Ergebnissen.

Frau Koch (BA Mitte, Jug FD 2) stellt die Kitaentwicklungsplanung mithilfe einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Auf Folie 8 werde eine Korrektur vorgenommen, da es bei den 3-6-jährigen keinen Rückgang, sondern eine Steigerung der Einwohnerzahl um 109 gegeben habe.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) beruft sich auf eine Pressemitteilung von Frau Jugendsenatorin Scheeres, die eine Überplanung von 10% zwecks Einrichtung eines Spielraums erwähnt habe. Frau BV Schrader erkundigt sich, ob dieser Wert bei den Zielplanungen des Bezirks Mitte bereits enthalten sei, damit das Wunsch- und Wahlrecht im Bezirk gelebt werden könne. Das wird seitens des Jugendamts verneint. Der Bezirk bewerte jährlich die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen im Bezirk.

Sie bittet zudem um einen aktuellen Sachstand zu den Standorten.

Herr Lehmann (BA Mitte, Jug Plan 2) informiert über eine heute eingegangene positive Nachricht: „Die Kita Rheinsberger Straße ist mit ihrem Neubau gesichert und erhält Fördermittel.“

Zudem sei das Grundstück „Alt-Moabit“ von der BIM an das Bezirksamt übertragen worden, sodass gemeinsam mit der Kirchengemeinde eine Kita errichten werden könne. In der Habersaathstraße 13 sei zugunsten der Weiterführung des Kitabetriebs entschieden worden, sodass eine Sicherung des Standorts durch einen Vertrag aufgegriffen werde. Ein großer Meilenstein sei der Beschluss zur Seydlitzstraße 11.

Frau BV Schrader bedankt sich für die Ausführungen, bittet aber auch, die aktualisierte Liste zur Verfügung zu stellen.

Frau BzStRätin Reiser informiert, dass mit Stand 31.08.2021 ein Bericht zum aktuellen Stand der Zielerreichung „Kitaplatzausbau“ dem Bezirksamt vorliege, der voraussichtlich der neuen BVV zur Kenntnis vorgelegt werde.

Frau Bierwirth (Bürgerdeputierte) lobt die schnelle, konstruktive und wertschätzende Zusammenarbeit mit dem Jugendamt. Sie habe im vergangenen Jahr starke Wanderbewegungen von Familien wahrgenommen, sodass berlinweit mehr Plätze zur Verfügung stehen und somit das Wunsch- und Wahlrecht wieder existiere. Bemerkenswert sei der Wegzug von bildungsnahen Familien in das Berliner Umland. Von der Senatsverwaltung wünsche sie sich mehr Transparenz zu den Fördermöglichkeiten.

Frau BzStRätin Reiser sieht das Erfordernis, sich die Bewegungen zwischen den Bezirken aber auch ins Umland genauer zu betrachten.

zu 8

### **Standortsuche für den Naturkindergarten im Wedding- Sachstand (Bezug Beschluss der BVV mit der DS-Nummer 3110/V)**

Als Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Lier (BA Mitte, Stadt AL) und Frau Lüers (Initiative Naturkinderkindergarten) anwesend.

Frau BzStRätin Reiser informiert zum bisherigen Werdegang und Sachstand. Mitte März 2021 sei die Problemanzeige der sehr engagierten Elterninitiative zum Naturkindergarten eingegangen, sowohl bei ihr, als auch bei den Fraktionen der BVV, mit dem Hinweis, dass die geplante Eröffnung im Mai 2021 gefährdet sei und daher um ein Gespräch gebeten werde. Im Bezirksamt sei das Thema behandelt worden. Ende März 2021 sei das gemeinsame Gespräch als Videokonferenz realisiert worden. Anwesend waren Vertreterinnen und Vertreter der Bauaufsicht, aus dem Umweltamt und der Elterninitiative gemeinsam mit ihrer Architektin. Da die Stadtentwicklung nicht zugegen war, habe es am 29.04.2021 einen weiteren Termin, die Behördenkonferenz, mit einem größeren Teilnehmendenkreis gegeben. Anwesend waren die Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Facility Management, SGA, Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelaufsicht, Bauaufsicht, Umwelt und Natur, Stadtplanung und des Jugendamts. Inhalt war die Aufarbeitung der bisherigen Entwicklungen. Beschlossen worden sei, dass die Kontaktaufnahme mit der Elterninitiative weiterhin über die Bauaufsicht gepflegt werden sollte. Der Naturkindergarten sei am 01.06.2021 in Betrieb genommen worden, jedoch nicht im Ergebnis zur Behördenkonferenz, sondern an einem anderen Standort: Dohnagestell 8, ein Gelände des Kita-eigenbetriebs **Kindergärten City**, allerdings temporär. Der Beschluss der BVV 3110/V, „Naturkindergarten ermöglichen, nicht verhindern“ liege aktuell in Federführung bei Herrn BzStR Gothe.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) ergänzt, dass der Beschluss der BVV bereits am 22.04.2021 gefasst worden sei und den Standort am Plötzensee beinhaltete. Herr BzStR Gothe hatte in der Sitzung der BVV über den mehrmonatigen Prozess berichtet. Die Elterninitiative habe sehr viel Zuspruch aus den verschiedenen Ämtern erhalten, scheiterte dann aber unerwartet am Veto des Stadtplanungsamtes. Das sei nicht das erste Mal, dass in der Abstimmung zwischen den Ämtern etwas schief laufe, was die Anregung der BVV, eine koordinierende Stelle einzurichten, umso deutlicher stärke. Der Hauptausschuss hat dies am 31.08.2021 in seiner Sitzung so beschlossen. Das ändere nichts an der Tatsache, dass 15 Kinder an einem Standort betreut werden, den sie zum Jahresende 2021 verlassen müssen. Eine Alternative scheine es nicht zu geben. Das Konzept des Naturkindergartens sollte gefördert werden. Es sei unverständlich, weshalb das nicht ermöglicht werde.

Herr Siewer (Fraktion Bü 90/Die Grünen) schließt sich dem an. Es sei noch nicht gesichert, dass der Antrag am 16.09.2021 in der BVV beschlossen werde, die Entscheidung der Fraktion der SPD stehe noch aus.

Frau Lier informiert im Auftrag von Herrn Gothe, dass auch das Stadtplanungsamt sehr daran interessiert sei, für den Naturkindergarten einen dauerhaften Standort zu finden. Der Standort Plötzensee sei jedoch, wie sich am 29.04.2021 in der Behördenkonferenz zeigte, für mehrere Ämter problematisch. Infrage komme das Eck-Grundstück Seestraße/ Afrikanische Straße. Verschiedene Belange seien zusammenzuführen: Es müsse planungsrechtlich zulässig und eine Naturnähe gegeben sein. An dem Eck-Grundstück Seestraße/ Afrikanische Straße habe die Schule, in dessen Fachvermögen das Grundstück stehe, eigene Pläne, sodass das Stadtplanungsamt mit dieser im regen Kontakt stehe. Es seien Vorschläge und Möglichkeiten abgefragt worden, doch bisher ohne Erfolg. Einen aktuellen Sachstand habe sie nicht erfahren können. Geprüft werde ergänzend, ob die Übergangsvariante über das Jahresende hinaus verlängert werden könne.

Frau Lüers erklärt, dass der Übergangstandort am Dohnagestell glücklicherweise habe ermöglicht werden können, sie seien jedoch ohne Strom und ohne fließendes Wasser. Über die Sommerzeit haben sie sich behelfen können, für eine eventuelle Zeit über den 31.12.2021 hinaus müssten kostenpflichtig Strom- und Wasserleitungen gelegt werden. Diese Kosten können sie nicht aufbringen. Am Plötzensee hätten die dortigen Verpächter Strom und Wasser verlegt. Für die ihnen zur Verfügung gestellten Fördermittel müsste ein Eigenanteil von 10%, somit 14.000,- € erbracht werden. Dieser werde über ein Elterndarlehen gestellt. Zusätzliche Kosten würden eine Erhöhung des Darlehens verursachen. Um Umzugskosten möglichst gering zu halten, seien bisher auch nicht alle geplanten Anschaffungen erfolgt. Das Verhältnis mit den Gastgebenden sei sehr gut.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) betont, dass der Naturkindergarten eine grundsätzliche Lösung benötige. Die Aufgabe, diese zu finden, liege in der Verantwortung des Bezirksamts. Sie begrüße, dass der Eigenbetrieb **Kindergärten City** den aktuellen Platz angeboten habe. Ihr erschließt sich nicht, weshalb die politische Entscheidung nicht habe getroffen werden können, den Standort am Plötzensee zu genehmigen. Für die Kultur habe es eine solche Entscheidung gegeben. Sie appelliert an das Bezirksamt, einen Ermessensspielraum auszuüben, um diesen Standort für den Naturkindergarten zu ermöglichen.

Frau Lier erläutert, dass die Verwaltung auch bezüglich der Kulturveranstaltung Bedenken angezeigt habe. Diese seien jedoch auf eine Saison begrenzt, während der Naturkindergarten auf Dauer ausgelegt sei.

Frau Schauer-Oldenburg verstehe die Debatte nicht, die scheinbar politischer Natur zu sein scheint. Im Zweifel solle gesagt werden, dass der Naturkindergarten nicht gewollt ist. Sie interessieren die Gründe des Vetos.

Als Bürgerin in Mitte schlage sie das Gelände der ZKU am Westhafen vor, an dem sich ein Bürgergarten befinde.

Frau Lüers betont, dass sie für alle Vorschläge sehr offen seien. Benötigt werde eine Fläche von etwa 1.000 qm.

Sie nehme daher Bezug auf den bereits angesprochenen Schulgarten, der in Frage käme, 3.000 qm umfasse und nach Aussage des Umweltamts derzeit nicht genutzt werde, käme in Frage. Dort müsste auch Wasser und Strom verlegt werden.

Herr Lehmann schlägt das Fachvermögen am Dohnagestell 10 an, auf dem die Lebenshilfe untergebracht ist. Dieses umfasse 10.000 qm. Es sei ein Gesprächstermin mit der Lebenshilfe für den 23.09.2021 angesetzt.

Frau Lüers weist darauf hin, dass auch dieses mit einem Veto belegt worden sei.

Frau Lier bestätigt und begründet, dass es sich um einen Außenbereich handle und nach § 35 BauGB behandelt werden müsse.

Frau Goral bekräftigt, dass die Diskussion intern weitergeführt werde.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass kurzfristig keine Lösung gefunden werden könne, sodass sich die neue BVV weiterhin damit befassen müssen. Das sei sehr, sehr misslich. Die aktuell amtierenden sollten das Mögliche tun, was an Unterstützung angeboten werden könne, z.B. eine finanzielle Unterstützung zur Verlegung von Wasser und

Strom. Er bittet die Vertreterinnen und Vertreter des Bezirksamts, die Inhalte der heutigen Debatte in die Besprechungen des Bezirksamts mitzunehmen.

## **zu 9      **Beschluss Geschäftsordnung Wahl BüDep des JHA****

Die Beschlussvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Bericht dazu war in der Sitzung am 03.06.2021 erfolgt. Der Vorschlag aus der besagten Sitzung zu nachzubesetzenden Positionen während der Wahlperiode sei vom Rechtsamt bestätigt worden.

Die Trägerversammlung werde in mehreren Räumen am selben Ort durchgeführt.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt mit 11 Ja-Stimmen und ohne Enthaltung einstimmig zu.

Die Vorlage ist somit genehmigt und kann für die Trägerversammlung verwendet werden.

## **zu 10     **Berichterstattung aus den AG'en 78****

### AG Jugendberufshilfe:

Herr Bachmann berichtet aus der AG Jugendberufshilfe, dass das Angebot „Jugend stärken im Quartier Mitte“, finanziert aus 60% aus Bundesmitteln aus 40% Eigenmitteln des Jugendamts, am 30.06.2022 enden werde. Es liege noch keine Lösung zur Fortführung des Projekts ab Mitte des Folgejahres vor.

Das kooperative Projekt mit niedrigschwelligem Zugang richte sich an Jugendliche zwischen 12 und 26 Jahren mit unterschiedlichen Problemlagen, die keinem Rechtskreis zugeordnet seien. Die Arbeitsschwerpunkte seien genauso vielfältig wie die Problemlagen der Jugendlichen.

In der ersten Förderperiode im Zeitraum 2015 bis 2018 seien etwa 200 Jugendliche erreicht worden, mit unterschiedlicher Verweildauer. Mehr als die Hälfte habe eine Anschlussperspektive finden können. In der zweiten Förderperiode ab 01.01.2019 seien fast 150 junge Menschen erreicht worden, mit einer ähnlich hohen Anschlussperspektive. Eine Verlängerung des Projekts sei nach aktuellem Stand sehr unwahrscheinlich. Das Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben und Familie habe die Zielgruppe enorm auf nahezu ausschließlich wohnungslose Jugendliche eingeschränkt. Zudem sei die Finanzierungsform umgedreht worden, d.h. 60% Eigenmittel, um 40% vom Bund zu erhalten. Er appelliert an die Mitglieder, dieses Projekt bei den anstehenden Haushaltsberatungen nicht zu vergessen und das an die nachfolgenden Politiker weiterzugeben.

Der Vorsitzende bittet Herrn Bachmann, diesen Appell für die Fraktionen nochmal schriftlich zu formulieren.

### AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit:

Frau Mägdefrau berichtet, dass sich in der letzten Sitzung der AG zwei neue curriculare Angebote vorgestellt haben, „lass mal reden“ und „präventiver Jugendmedienschutz“, sowie noch ein weiteres berlinweites Projekt.

Es habe sich zudem eine Unterarbeitsgruppe gegründet mit dem Titel „JFEs gegen Diskriminierung“, die sich bisher digital getroffen haben.

## **zu 11     **Aktuelle Viertelstunde****

Es liegen keine Nachfragen vor.

## **zu 12     **Beratung von Drucksachen****

### **zu 12.1   **Ein neues Zentrum für Kinder und Jugendliche am Sprengelkiez! Drucksache: 3066/V****

Herr BV Schwarz (Fraktion der SPD) informiert, dass das Projekt **Himmelbeet** einen neuen Standort zugewiesen bekommen habe.

Herr Lehmann informiert, dass das Bezirksamt bereits tätig geworden sei und Variantenuntersuchung vorliege.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des Antrags (2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 3 Enthaltungen der Bürgerdeputierten).

**zu 12.2 Umweltbildung von Anfang an und lebenslang im Bezirk fördern und entwickeln – Für mehr Grüne Lernorte in Mitte  
Drucksache: 3282/V**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des Antrags (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 3 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten).

**zu 13 Verschiedenes**

Der Vorsitzende informiert, dass die Stimmzettel zu TOP 6 bereits per E-Mail an alle abstimmungsberechtigten Mitglieder übersandt worden seien. Er bittet die Frist zu beachten. Ein Dank geht an die Büros für die schnelle Bereitstellung.

gez.  
T. Siewer  
Vorsitzender

Ersek  
Protokollantin